

Ein europäisches Wunder?

Der polnisch-deutsche Bischofsbriefwechsel 1965 als Wegweiser für Frieden und Versöhnung

Ausgehend vom „Wunder der Versöhnung“, das Władysław Bartoszewski der deutsch-polnischen Aussöhnung zuschrieb, nahm unsere Veranstaltung *Ein europäisches Wunder? Der polnisch-deutsche Bischofsbriefwechsel 1965 als Wegweiser für Frieden und Versöhnung* am 23. Oktober 2025 den berühmten Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 in den Blick. 20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg trieb dieser Briefwechsel große Veränderungen

voran und ermöglichte neue deutsch-polnische Beziehungen, jenseits der Schrecken der NS-Zeit und des Kalten Krieges.

Lesen Sie im Dossier den Vortrag von Dr. habil. Robert Żurek zur Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen von 1945 bis in die Gegenwart und die Deutung des Briefwechsels von Bischof Dr. Bertram Meier. Kooperiert hat die Akademie bei dieser Tagung mit dem Akademischen Forum der Diözese Augsburg.

GESCHICHTE

Die polnisch-deutschen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg

von Robert Żurek

Die deutsch-polnische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg gehört zu den wichtigsten historischen Prozessen der europäischen Neuzeit. Den Deutschen und Polen gelang es binnen einiger Jahrzehnte eine jahrhundertealte, eskalierende Feindschaft, die inzwischen ein integraler Bestandteil der jeweiligen nationalen Identität zu sein schien, in eine strategische Partnerschaft umzuwandeln. Dies veränderte nicht nur die bilateralen Beziehungen der beiden Völker und Staaten, sondern auch ganz Europa, denn ohne die großen Versöhnungswerke Deutschlands mit seinen Nachbarn im Westen und Osten wäre die Integration des Kontinents unmöglich gewesen. Heute dient die deutsch-polnische Versöhnung anderen Nationen, die eine gewaltbelastete Vergangenheit überwinden wollen, wie etwa Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, als Vorbild und Inspiration.

Die „Welt der Wunder“

Als der polnische Historiker, Publizist und Politiker Władysław Bartoszewski gegen Ende seines langen, bewegten Lebens im Jahre 2013 feststellte, dass die deutsch-polnischen Beziehungen „zur Welt der Wunder“ gehörten, wusste er, wovon er sprach. Im Jahre 1940 ins Konzentrationslager Auschwitz eingeliefert und wie durch ein Wunder nach

mehreren Monaten freigelassen, erlebte er die völlige Zerstörung seiner Heimatstadt Warschau und das Ermorden der Hälfte ihrer Einwohner. In den nachfolgenden Jahrzehnten war er Zeuge der Teilung Europas und der deutsch-polnischen Unversöhnlichkeit. Dann gehörte er jahrzehntelang zu den wichtigsten Brückenbauern zwischen den beiden Nationen, was ihm von der deutschen Seite hoch angerechnet wurde. In seiner Ansprache am Tag der Deutschen Einheit im Jahre 2006 sagte er: „Als 18-Jähriger stand ich am Appellplatz von Auschwitz, und nun habe ich die Ehre (...) als Laureat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, des Brückenpreises der Europastadt Görlitz/Zgorzelec, mehrfacher Doktor *honoris causa* deutscher Universitäten und Träger des Großkreuzes des Bundesverdienstkreuzes, eine Festrede anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands zu halten. Und das ist *pars pro toto* der Ausdruck der geistigen,

Den Deutschen und Polen gelang es binnen einiger Jahrzehnte eine jahrhundertealte, eskalierende Feindschaft, die inzwischen ein integraler Bestandteil der jeweiligen nationalen Identität zu sein schien, in eine strategische Partnerschaft umzuwandeln.

moralischen und politischen Revolution in den nicht immer leichten Beziehungen zwischen unseren Nationen“.

Kaum vorstellbare Entfremdung

Im Jahre 1945 waren die deutsch-polnischen Beziehungen am Boden zerstört. Klaus Zernack, einer der bedeutendsten deutschen Osteuropahistoriker, stellte fest, dass die gegenseitige Entfremdung, die die Deutschen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg voneinander trennte, „kaum vorstellbar“ und in der Beziehungsgeschichte europäischer Nationen auch „kaum auffindbar“ war.

Der unberechtigte Angriff im Jahre 1939, die grausame Kriegführung, die Teilung des eroberten Landes mit der Sowjetunion, dann eine sechsjährige Besatzungsherrschaft, die sich durch die Ausrottung der intellektuellen Eliten, Massenvernichtung der Juden sowie Terrorisierung, Versklavung, Ausbeutung und ständige Demütigung der restlichen Bevölkerung auszeichnete, war die tragischste Etappe der ganzen Geschichte Polens. Fast sechs Millionen polnischer Staatsbürger ließen in jenen Jahren ihr Leben, die meisten davon Zivilisten. Nach dem Krieg erfuhren die Polen keine Gerechtigkeit. Sie gerieten in die sowjetische Einflusszone und mussten sich mit einer von Moskau abhängigen Diktatur abfinden. Das Land verlor an die Sowjetunion die Hälfte seines Vorkriegs-territoriums, als Entschädigung erhielt es von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs umfangreiche deutsche Ostgebiete, allerdings unter dem Vorbehalt künftiger Änderung. Erst 1990 wurde die Grenze an der Neiße und Oder endgültig bestätigt.

Im Nachkriegsdeutschland stieß das dramatische Schicksal der östlichen Nachbarn auf wenig Interesse, geschweige denn Empathie. Die Deutschen waren mit ihren eigenen Leiden beschäftigt. Mit den vielen Toten, Verwundeten und Verschleppten. Mit der Armut und Erdrückung nach der totalen Kriegsniederlage und der Teilung des Landes. Und mit dem Verlust vom vierten Teil des Reichsterritoriums im Osten und der dramatischen Flucht und Vertreibung seiner Bevölkerung, die im zerstörten und verarmten Restdeutschland aufgenommen werden musste. Wenn man im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre den östlichen Nachbarn schon in den Blick nahm, dann meistens nicht als Opfer deutscher Verbrechen, sondern als Verfolger und Vertreiber der deutschen Landsleute. Die Frage nach der Verantwortung für die Wiedergutmachung des Leids und die Wiederherstellung guter Beziehungen zu Polen wurde kaum gestellt. Stattdessen forderte man die Wiedergutmachung der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und Revision der neuen Grenzlinie.

Im Nachkriegsdeutschland stieß das dramatische Schicksal der Polen auf wenig Interesse, geschweige denn Empathie. Die Deutschen waren mit ihren eigenen Leiden beschäftigt. Mit den vielen Toten, Verwundeten und Verschleppten.

Im Schatten der „negativen Polenpolitik“

Dabei verdrängte man nicht nur die im Zweiten Weltkrieg verübten beispiellosen Massenverbrechen, sondern auch die lange Geschichte der Polenfeindschaft, die den Kriegs- und Besatzungsverbrechen voraus ging und die sie erst verständlich macht. „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzaugen; ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehn wollen, nichts andres tun, als sie ausrotten“, schrieb Otto von Bismarck 1861. „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muss verschwinden und wird verschwinden durch eigene Schwäche und durch Russland, mit deutscher Hilfe“,

pflichtete ihm 61 Jahre später der Gründer der Reichswehr, Hans von Seeckt, bei. „Die Reichsregierung wird niemals zulassen, daß der polnische Reststaat irgendein störendes Element werden könnte. Deutschland und Sowjetrußland werden diese Sanierungsarbeit übernehmen“, versicherte Hitler nach dem Angriff auf Polen 1939. Eine Kontinuität einer extrem polenfeindlichen Einstellung ist in diesen Aussagen nicht zu übersehen.

Eine ähnliche Kontinuität wird sichtbar, wenn man sich die Argumente anschaut, die auf der deutschen Seite verwendet wurden, um die je-

weiligen Kapitel dieser Polenpolitik zu begründen – von den Teilungen Polens über die Zwangsgermanisierung der Bevölkerung im preußischen Teilungsgebiet bis hin zu den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. „Die Übermacht des deutschen Stammes gegen die meisten slavischen Stämme ... ist eine Tatsache, die sich jedem unbefangenen Beobachter aufdrängen muß“, behauptete der liberale Politiker Carl Jordan 1848. „Ich stehe jetzt hier als einer von den Eroberern, welche für freie Arbeit und menschliche Kultur einer schwächeren Rasse Herrschaft über diesen Boden abgenommen haben“, ließ der populäre Schriftsteller Gustav Freytag seinen Romanhelden im Jahre 1855 sagen. Polen gehöre „überhaupt nicht zu den kulturellen Nationen. Ein Staatsgebilde, dem jede historische und sittliche Voraussetzung fehlt“, erklärte Hitler 1939. Kein Wunder, dass der Zweite Weltkrieg



Die zwei Tauben sind das Motiv auf einer Glocke des Projekts „Friedensglocken für Europa“ der Diözese Rottenburg-Stuttgart, bei dem durch die Nazis entwendete Glocken aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten aufgespürt und zurückgegeben werden.

Foto: Bernal Maurer / VG Bildkunst

aus polnischer Perspektive als Fortsetzung und Zuspitzung der bisherigen deutschen Politik betrachtet wurde. Jener Politik, die Klaus Zernack als „negative Polenpolitik“ bezeichnete. Ein wichtiges Thema, das in Deutschland eigentlich bis heute nicht wirklich aufgearbeitet wurde.

Instrumentalisierung der Geschichte

Nach dem Zweiten Weltkrieg trennte der Eiserner Vorhang Europa. Der Kalte Krieg begünstigte die Unversöhnlichkeit auf beiden Seiten dieses Vorhangs. Und die politische und gesellschaftliche Unfreiheit in Polen und der DDR machte einen ehrlichen Dialog kaum möglich. Für einen Neuanfang der deutsch-polnischen Beziehungen waren es geradezu katastrophale Bedingungen.

Die polnischen Kommunisten bedienten sich der Traumata der leidgeprüften Nation und schürten Ängste vor den Deutschen, um die mehrheitlich antikommunistische und sowjetfeindliche Gesellschaft vom Widerstand abzubringen. „Damit dieses Schwert der germanischen Ländergier niemals wieder in die Lage gesetzt werde, Polen zu verletzen oder gar zu zerstören, komme es darauf an, die Freundschaft und das Bündnis des polnischen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion allseitig zu entwickeln und zu festigen“, gab der Parteiführer Władysław Gomułka 1946 zu bedenken. In der jungen Bundesrepublik bediente man sich ebenfalls der dramatischen Geschichte, um eigene Nationalziele zu begünstigen. So begann man offiziell zu behaupten, die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten habe drei Millionen Todesopfer gekostet. Diese Zahl stand zwar in keinem Verhältnis zur Realität, machte es aber möglich, die Grenze zwischen den Täter- und Opfernationen zu verwischen und die Verluste gegenseitig aufzurechnen. Dies war wegen der noch ausstehenden Friedensverhandlungen und Entscheidungen über mögliche Restitutionsforderungen und den endgültigen Grenzverlauf wichtig. In der DDR brachen die kommunistischen Machthaber mit der Tradition der negativen Polenpolitik und anerkannten die Grenze an der Neiße und Oder. Aber sie erschwerten gleichzeitig die gesellschaftlichen Kontakte und weigerten sich, die Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu übernehmen, weil ihr Staat in der Nachfolge der kommunistischen Bewegung stehe, die selber ein Opfer des Nationalsozialismus gewesen sei. Die „zwangsverordnete Freundschaft“ zwischen den kommunistischen „Bruderstaaten“ trug deshalb nur bedingt dazu bei, die Feindschaft zwischen den Menschen zu überwinden. „Der fehlende Austausch von Menschen, Ideen und Gedanken bewirkte, dass man aneinander vorbei oder gegeneinander lebte“, schrieb die polnische Historikerin Anna Wolff-Powęska.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trennte der Eiserner Vorhang Europa. Der Kalte Krieg begünstigte die Unversöhnlichkeit auf beiden Seiten dieses Vorhangs. Für einen Neuanfang der deutsch-polnischen Beziehungen waren es geradezu katastrophale Bedingungen.

„schwer, eine Überbrückung der Kluft ins Auge zu fassen“

Auch die Kirchenvertreter fanden keine gemeinsame Sprache. Die Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft hätten ausschließlich „frühere Machthaber“ getragen, behauptete Kardinal Clemens von Galen 1945. Nein, das deutsche Volk sei schuldig, denn es sei „seit Jahrhunderten – nicht erst jetzt – ein Volk von Verbrechen“, entgegnete unter dem Eindruck der Hekatombe seines Landes der polnische katholische Publizist Jan Dobraczyński 1948. Die Vertreibung der Deutschen sei „ein Drama, das die Welt seit Jahrhunderten nicht erlebt hat“, schrieben die deutschen Bischöfe in einem Hirtenbrief 1948. Nein, sie „verließ um ein Vielfaches menschlicher als (...) die Vertreibung von Millionen von Polen und die Jagd auf sie sowie ihr anschließender Einsatz als Zwangsarbeiter in Deutschland“, war in einer katholischen Zeitschrift in Polen 1948 zu lesen. „Es sind Grenzen geschaffen, die wir niemals als gerecht anerkennen können, und die unter allen Umständen einer wesentlichen Änderung bedürfen“, hielt der Hildesheimer Bischof Joseph Machens 1947 fest. „Polen kann nicht dazu verurteilt werden, bei der Neugestaltung Europas für die Folgen der Verbrechen anderer zu bezahlen“, gab Kardinal August Hlond 1948 zu bedenken.

An eine mögliche Versöhnung glaubte wohl niemand. „Wir dürfen nicht (...) der trügerischen Annahme anheimfallen, dass die Gefühle der Deutschen den Polen gegenüber sich irgendwann grundsätzlich verändern werden“, schrieb ein katholischer Publizist in Polen 1946. „Es ist auch schwer, nach all den Gräueln, die Deutsche im Auftrag Hitlers in Polen verübt haben, und den nicht minder schweren Gräueln, die den Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Linie von Polen angetan worden sind, eine Überbrückung der Kluft ins Auge zu fassen, die diese Verbrechen geschaffen haben“, stellte der deutsche katholische Publizist Paul Roth 1949 fest.

Die ersten Schwalben

Allmählich waren jedoch erste Veränderungen zu erkennen, und ihre Vorreiter waren vor allem evangelische und katholische Christen. Die stalinistische Verfolgung der Kirche in Polen in der ersten Hälfte der 1950er Jahre und die mutige Haltung der polnischen Katholiken führten dazu, dass deutsche Katholiken die Kirche in Polen nicht mehr nur im Kontext des Nachkriegsleids der Deutschen sahen, sondern auch im Zusammenhang mit der Verteidigung gemeinsamer christlicher Werte. Kundgebungen und Gebetstreffen für die verfolgte



Dr. habil. Robert Żurek,
Geschäftsführender Vorstand der Stiftung
Kreisau für Europäische Verständigung

Die stalinistische Verfolgung der Kirche in Polen in der ersten Hälfte der 1950er Jahre und die mutige Haltung der polnischen Katholiken führten dazu, dass deutsche Katholiken die Kirche in Polen auch im Zusammenhang mit der Verteidigung gemeinsamer christlicher Werte sahen.

sammenbruch des Stalinismus in Polen eröffneten. Sie reisten nach Polen und kehrten tief beeindruckt vom Ausmaß der deutschen Kriegsverbrechen und dem dadurch verursachten Leid der Polen zurück. Unter dem Einfluss dieser Erfahrungen tauchten in der BRD um die Wende der 1950er und 1960er Jahre Stimmen und Initiativen auf, die eine Änderung der unversöhnlichen Haltung gegenüber Polen forderten.

Im Jahr 1958 wurde in der evangelischen Kirche die „Aktion Sühnezeichen“ ins Leben gerufen, die sich für Versöhnung durch Reue und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern deutscher Verbrechen einsetzen sollte. Der Gründer der Aktion, Lothar Kreyssig, appellierte: „*Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen*, denen wir wohl am meisten weh getan haben“. 1960 erinnerte der damalige katholische Bischof von Berlin und spätere Erzbischof von München sowie Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Julius Döpfner, am liturgischen Gedenktag der Heiligen Hedwig von Schlesien an das Ausmaß des Leidens der Polen, forderte die Deutschen auf, das Streben nach einer Grenzrevision aufzugeben und rief zur deutsch-polnischen Versöhnung auf: „Wollen wir nicht über das Grab der heiligen Hedwig hinweg uns die Hände reichen, um ein festes Band des Friedens neu zu knüpfen?“

Ein Jahr später unterzeichnete eine Gruppe evangelischer Intellektueller und Wissenschaftler das *Tübinger Memorandum*, in dem sie dazu aufriefen, die Grenze an Oder und Neiße anzuerkennen.

Diese ersten Appelle für eine Änderung der Haltung gegenüber Polen riefen in der deutschen Gesellschaft eher negative Reaktionen hervor. So erhielt beispielsweise Bischof Döpfner nach seiner Predigt sehr viele Briefe, in denen er als nationaler Verräter, der eine „üble Vergewaltigung der Gerechtigkeit“ betreibt, verunglimpft wurde. „Ich bin sehr bestürzt über einige Reaktionen auf die Predigt. In unserem Volk steckt noch sehr viel Nationalismus“, notierte Döpfner besorgt. Dennoch lösten diese und andere Initiativen gesellschaftliche Unruhe aus und stärkten die Motivation der noch wenigen Kreise, die eine Aussöhnung mit Polen anstrebten.

Die Geschichte nimmt Fahrt auf

Im Jahr 1963 kam es zu einer Reihe von Ereignissen, die zu einem Perspektivwechsel in Deutschland beitrugen und den Grundstein für die Aussöhnung legten. Der Freundschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Frankreich wurde

polnische Kirche, die in vielen westdeutschen Städten stattfanden, waren die ersten Aktionen deutscher Katholiken, die zur deutsch-polnischen Aussöhnung beitrugen. Die deutschen Evangelischen begannen sich etwas später als die Katholiken für Polen zu interessieren, nutzten jedoch deutlich schneller als diese die Möglichkeiten der Begegnung und des Dialogs, die sich 1956, nach dem Zu-

unterzeichnet. Die „Erbfeinde“ wurden zu Verbündeten, Partnern und Freunden. Dies warf unweigerlich Fragen über die Zukunft der Beziehungen zu Polen auf. In Frankfurt am Main begann der erste Auschwitz-Prozess, in dem ehemalige Mitglieder des Konzentrationslagerpersonals vor Gericht standen. Zahlreiche Zeugen, darunter ehemalige Lagerinsassen, darunter auch Polen, sagten aus. Zum ersten Mal wurde die deutsche Öffentlichkeit so eindringlich mit den Schilderungen der Verbrechen und dem Leid der Opfer konfrontiert. Das Buch *Nachbar Polen* des Journalisten Hansjakob Stehle erschien und erfreute sich einer enormen Popularität. Es handelte sich um die erste ernsthafte Publikation über das Nachkriegspolen, die in der Bundesrepublik erschien. Sie wirkte den weit verbreiteten antipolnischen Vorurteilen entgegen. Und schließlich wandten sich polnische und deutsche Bischöfe auf Initiative des deutschen Episkopats mit einem gemeinsamen Antrag an den Papst, den polnischen Märtyrer von Auschwitz, Maximilian Kolbe, selig zu sprechen. In der Begründung schrieben sie: „[Wir] hoffen, dass durch sein Vorbild und seine Fürbitte der Gott des Friedens beiden Völkern die Gnade einer Versöhnung aus innerstem Herzen gewähre.“ Es war die erste gemeinsame Initiative polnischer und deutscher Bischöfe nach dem Krieg und vielleicht sogar in der gesamten Geschichte der deutsch-polnischen Nachbarschaft.

Kurz danach folgten Pilgerfahrten deutscher Katholiken von Pax Christi (1964) und vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (1965) nach Polen sowie eine ökumenische Sühnefahrt der Aktion Sühnezeichen aus der DDR (1965). Die Breitenwirkung dieser auf den ersten Blick eher bescheidenen Initiativen war enorm. In Polen wurden die Pilger „mit beschämender Herzlichkeit, Brüderlichkeit und Gastfreundschaft aufgenommen“ (Klara Dirks). Ihr Besuch weckte Hoffnung und Dankbarkeit, die sich weit über den Kreis der Menschen verbreitete, die den Pilgern tatsächlich begegneten. Am Ende seien alle glücklich gewesen, „daß nach all dem Entsetzlichen, das in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft geschehen ist, nun über den Abgrund hinweg durch Gottes Gnade ein neues Band der Liebe geknüpft werden konnte“ (Alfons Erb). Viele der deutschen Beteiligten engagierten sich von nun an für die Versöhnung und leisteten wichtige Dienste daran.

Bahnbrechende Versöhnungsgesten

All diese Initiativen bereiteten den Weg für die bahnbrechenden Versöhnungsgesten des Jahres 1965. Im Oktober veröffentlichte die Evangelische Kirche in Deutschland ihre

Schließlich wandten sich polnische und deutsche Bischöfe mit einem gemeinsamen Antrag an den Papst, den polnischen Märtyrer von Auschwitz, Maximilian Kolbe, selig zu sprechen. Es war die erste gemeinsame Initiative polnischer und deutscher Bischöfe nach dem Krieg.

Denkschrift *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*, später vor allem als *Ostdenkschrift* bezeichnet. Diese „wichtigste politisch-ethischen Äußerung der Evangelischen Kirche in der Nachkriegszeit“ (Richard von Weizsäcker) unterzog die deutschen Argumente für die Revision der Oder-Neiße-Linie einer kritischen Analyse aus dem Blickwinkel des internationalen Rechts, der Theologie und Ethik. Die Konklusion: Der deutsch-polnische Grenzstreit lasse sich in Anlehnung an juristische, theologische oder ethische Argumente nicht lösen. Notwendig sei ein Paradigmenwechsel – nicht mehr nach Wegen einer Grenzrevision suchen, sondern nach den Möglichkeiten, die Feindschaft zu überwinden. Denn unter versöhnten Nachbarn würde der Grenzstreit seine Bedeutung verlieren.

Schon früher plädierten vereinzelte deutsche Stimmen für eine grundlegende Änderung der ostpolitischen Ziele, aber jetzt autorisierte die gesamte evangelische Kirchenleitung diese Forderung und untermauerte dies mit einer stichhaltigen und innovativen Begründung.

Dasselbe Ziel, wenn auch mit anderen Methoden, verfolgte der Brief der katholischen Bischöfe Polens an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. November 1965. In die Geschichte gingen vor allem die Schlussworte dieses Briefs „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ ein, aber nicht nur ihr Retwegen wird das Schreiben als „wahrscheinlich das wichtigste Nachkriegsdokument in den deutsch-polnischen Beziehungen“ bewertet (Klaus Ziemer).

Der Brief beginnt mit einer langen Beschreibung der Geschichte Polens und der deutsch-polnischen Nachbarschaft, von der jahrhundertlang beide Seiten profitierten. Das Ziel, das dahintersteckte: den deutschen Adressaten bewusst machen, dass Polen ein integraler, wertvoller Teil des christlichen Abendlandes sei, und nicht ein Teil des kommunistischen Ostens, wie es die kommunistische Propaganda wollte, oder der fremden, unzivilisierten Welt, wie es das deutsche Vorurteil besagte. Und dass die Feindschaft keineswegs zur DNA der deutsch-polnischen Nachbarschaft gehöre, sondern erst in der Neuzeit die vorher sehr guten gegenseitigen Beziehungen vergiftete.

Die Autoren des polnischen Briefs verschwiegen keineswegs das schwierige Thema des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen, behandelten es jedoch so, dass in der Konsequenz nicht neue Mauern, sondern Brücken zueinander entstehen

konnten. Sie warben bei den Adressaten um Empathie für die leidgeprüften Polen, offenbarten aber gleichzeitig ihre Empathie für das schwere Schicksal der deutschen Vertriebenen. Sie versuchten den polnischen Standpunkt in der Grenzfrage verständlich zu machen, zeigten aber gleichzeitig Verständnis für die Heimatverbundenheit der deutschen Vertriebenen. Sie rechtfertigten den Anspruch Polens an die ehemaligen deutschen Ostgebiete, erkannten aber gleichzeitig das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung, indem sie den Brief an alle deutschen Bischöfe richteten und die Existenz der DDR mit keinem Wort erwähnten.

Kirchliches Zurückrudern und politischer Durchbruch

Die Antwort der deutschen Bischöfe war enttäuschend. Sie ergriffen zwar die ausgestreckte Hand der Polen, zeigten aber keine Bewegung in der Grenzfrage. Damit bewahrten sie zwar den innenkirchlichen Frieden, der bei einem Aufruf zur Anerkennung der Grenze durch Proteste eines Teils der Kirchenmitglieder gefährdet wäre. Aber gleichzeitig verspielten sie die Chance, zusammen mit der evangelischen Kirche eine einheitliche, christliche Front zugunsten einer Neugestaltung der Beziehung zu Polen zu bilden. Die mit heftiger Kritik eines Teils der Ge-

sellschaft konfrontierte und allein stehende evangelische Kirche ruderte zurück und relativierte nur ein Jahr später die bahnbrechenden Aussagen der Denkschrift. Auch in Polen wirkte sich das Auftreten der deutschen Bischöfe negativ aus. Unter der Berufung auf die zurückhaltende deutsche Antwort konnten die polnischen Kommunisten die katholische Kirchenleitung als nationale Verräter diffamieren, die dem gestrigen Verfolger die Vergebung anboten, ja ihn sogar um Vergebung baten, ohne im Gegenzug irgendetwas für Polen erreicht zu haben. Wie die deutschen Protestanten, machten daher auch die polnischen Katholiken einen Rückzieher und behaupteten im Jahre 1966, ihr Vergebungangebot gelte nur den Bußfertigen, und ihre Bitte um Vergebung sei kaum notwendig gewesen, weil das polnische Volk dem deutschen nichts Böses angetan habe. So erwiesen sich die *Ostdenkschrift* und der katholische Briefwechsel – langfristig zweifelsohne die Schlüsseldokumente des Versöhnungsprozesses – kurzfristig als eine



Foto: Ekpaah / Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Links: Julius Kardinal Döpfner erinnerte 1960 an das Ausmaß des Leidens der Polen und rief zur deutsch-polnischen Versöhnung auf: „Wollen wir nicht über das Grab der heiligen Hedwig hinweg uns die Hände reichen, um ein festes Band des Friedens neu zu knüpfen?“ Rechts: Der Kniefall von Willy Brandt war eine der stärksten Versöhnungsgesten. Diese Gedenktafel erinnert auf dem Willy-Brandt-Platz in Warschau an das Ereignis.



Foto: Szczebrzeszynski / Wikimedia Commons, Public Domain

gesellschaft konfrontierte und allein stehende evangelische Kirche ruderte zurück und relativierte nur ein Jahr später die bahnbrechenden Aussagen der Denkschrift.

Auch in Polen wirkte sich das Auftreten der deutschen Bischöfe negativ aus. Unter der Berufung auf die zurückhaltende deutsche Antwort konnten die polnischen Kommunisten die katholische Kirchenleitung als nationale Verräter diffamieren, die dem gestrigen Verfolger die Vergebung anboten, ja ihn sogar um Vergebung baten, ohne im Gegenzug irgendetwas für Polen erreicht zu haben. Wie die deutschen Protestanten, machten daher auch die polnischen Katholiken einen Rückzieher und behaupteten im Jahre 1966, ihr Vergebungangebot gelte nur den Bußfertigen, und ihre Bitte um Vergebung sei kaum notwendig gewesen, weil das polnische Volk dem deutschen nichts Böses angetan habe.

So erwiesen sich die *Ostdenkschrift* und der katholische Briefwechsel – langfristig zweifelsohne die Schlüsseldokumente des Versöhnungsprozesses – kurzfristig als eine



Foto: Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Oben: Władysław Bartoszewski bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (re.) und Premierministerin Ewa Kopacz (li.) in Kreisau im Jahr 2014.

Rechts: Bundeskanzler Helmut Kohl (re.) besuchte 1989 die Versöhnungsmesse in Kreisau. Dabei entstand dieses Bild mit Premierminister Tadeusz Mazowiecki.



Foto: Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Das Kapital der Versöhnung schützen

Auf dem Weg zueinander ist es seit 1989 gelungen, große Erfolge zu erzielen, aus der Sicht vieler Zeitzeugen wird die eingangs zitierte Rede von der „Welt der Wunder“ als keine Übertreibung erscheinen. Die gestrigen Todfeinde sind heute enge Partner in der NATO und der EU. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner Polens und Polen der fünftwichtigste Handelspartner Deutschlands. Die gesellschaftlichen Bande sind fest und vielfältig. Die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft, Kultur oder – heute besonders wichtig – der Si-

cherheit, ist intensiv. Die Entwicklung seit 1989 zeigt uns aber gleichzeitig, dass Versöhnungsprozesse lang und mühsam sind und eines ständigen Engagements bedürfen. „Das Kapital der Versöhnung und der Verbundenheit muss geschützt, gestärkt und vermehrt werden“ – diesem Appell der Arbeitsgruppe der Polnischen Bischofskonferenz für Kontakte mit der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 2017 kann nur beigepflichtet werden.

Diejenigen, die glaubten, nach 1989 das Versöhnungswerk nicht mehr fortsetzen zu müssen und anderen Aufgaben nachgehen zu können, erlebten in den letzten Jahrzehnten mehr als eine bittere Enttäuschung. Wiederholt überschatteten Streitereien und Vertrauenskrisen die gute Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen, die oft einen gemeinsamen Nenner hatten: die nicht aufgearbeitete Geschichte.

Friedenszeichen an der Schwelle einer neuen Epoche

Die Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen stellte einen Durchbruch dar, der eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Kulturaustausches sowie Aufnahme von zahlreichen Städtepartnerschaften ermöglichte. Zwischen der DDR und Polen wurden in den 1970er Jahren endlich visafreie Grenzübertritte erlaubt, was zu massiven gesellschaftlichen Kontakten führte.

Diejenigen, die glaubten, nach 1989 das Versöhnungswerk nicht mehr fortsetzen zu müssen und anderen Aufgaben nachgehen zu können, erlebten in den letzten Jahrzehnten mehr als eine bittere Enttäuschung. Wiederholt überschatteten Streitereien und Vertrauenskrisen die gute Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen, die oft einen gemeinsamen Nenner hatten: die nicht aufgearbeitete Geschichte.

Die Kirchen setzten ihre Versöhnungsinitiativen fort. Federführend waren dabei neben den Kirchenleitungen kirchliche Organisationen wie Pax Christi, Aktion Sühnezeichen und das neu erschaffene Maximilian-Kolbe-Werk. Große Bedeutung hatte für die polnische Seite die materielle Unterstützung seitens der deutschen Gesellschaft, die insbesondere in den Jahren der Wirtschaftskrise in Polen einen Massencharakter annahm.

Ob es um das Gedenken an die deutschen Opfer der Vertreibung, die Wiedergutmachung für die polnischen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, die Rechte der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland, oder das Verhältnis zu Amerika oder zu Russland ging – bei allen diesen Themen spielte die Geschichte eine direkte oder zumindest eine indirekte, aber wichtige Rolle.

Als im November 1989 die Berliner Mauer fiel, hielt sich der Bundeskanzler Helmut Kohl gerade in Polen auf, wo er dem ersten nichtkommunistischen Premierminister Tadeusz Mazowiecki seine Unterstützung auf dem Weg in die Demokratie bekunden wollte. Direkt nach dem Mauerfall flog Kohl nach Berlin, kehrte dann aber nach Polen zurück, um an einem Versöhnungsgottesdienst im niederschlesischen Kreisau teilzunehmen. Die beiden Regierungschefs gaben sich dabei das Friedenszeichen und umarmten sich. Dieses Bild ging in die Geschichte ein. Viele meinten, diese Geste an der Schwelle zur Wiedererlangung der Souveränität durch Polen und Wiedervereinigung Deutschlands sei eine symbolische Vollendung des Versöhnungsprozesses. Dies war jedoch eine irrtümliche Annahme.

Deshalb bleibt eine endgültige Aufarbeitung der historischen Streitthemen nach wie vor eine dringende und zentrale Aufgabe der deutsch-polnischen Beziehungen. Angesichts der gigantischen Herausforderungen der Zukunft, die unsere volle Aufmerksamkeit und starken Zusammenhalt erfordern werden, müssen wir die historischen Baustellen beseitigen. Wenn das gelingt, wird man das deutsch-polnische Wunder mit voller Verantwortung für vollzogen erklären können. ■

Die kirchlichen Versöhnungsinitiativen ebneten den Weg zur neuen Ostpolitik der Bundesregierung, zum historischen Besuch des Bundeskanzlers Willy Brandt und seinem Kniefall in Warschau im Jahr 1970 sowie zum Unterzeichnen des deutsch-polnischen Vertrags.
